

Aus den Verhandlungen des Regierungsrates

Erhard Meister im Jahr 2003 Vizepräsident des Regierungsrates

Regierungsrat Erhard Meister wurde vom Regierungskollegium zum Vizepräsidenten des Regierungsrates für das Jahr 2003 gewählt.

Ersatzwahl in den Grossen Rat

Als Mitglied des Grossen Rates für den Rest der Amtsperiode 2001-2004 wird ab 1. Januar 2003 Stephan Müller, Thayngen, als gewählt erklärt. Er ersetzt den zurückgetretenen Kantonsrat Kurt Fuchs.

Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) wird definitiv eingeführt

Der Regierungsrat hat entschieden, die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV) etappenweise für die gesamte kantonale Verwaltung einzuführen. Damit soll der 1996 gestartete Pilotversuch mit einzelnen Dienststellen auf die gesamte kantonale Verwaltung ausgedehnt werden. Die Umstellung aller Dienststellen soll ab 2005 erfolgen und 2007 beendet sein.

WoV hat u.a. zum Ziel, eine grössere Kostentransparenz in Bezug auf die staatlichen Dienstleistungen zu schaffen. Zudem erhalten die Regierung und die Verwaltung einen vermehrten Handlungsspielraum für eine effizientere und bürgernahe Aufgabenerfüllung. Gleichzeitig werden aber auch die Möglichkeiten des Kantonsrates für eine gezieltere Einflussnahme auf die staatliche Tätigkeit verstärkt.

Gleichzeitig wird eine neue Mittelfristplanung (Politikplan) in Form einer integrierten Aufgaben- und Finanzplanung eingeführt. Diese Mittelfristplanung wird jährlich rollend für eine Periode von 4 Jahren erstellt. Für die einzelnen Organisationseinheiten - in der Regel Dienststellen - werden jährlich Globalbudgets mit Leistungsaufträgen ausgearbeitet. Das Parlament ist zuständig für die Genehmigung dieser Globalbudgets und Leistungsaufträge. Ebenfalls im Zusammenhang mit der Einführung von WoV wird künftig ein Geschäftsbericht verfasst, der die bisherige Staatsrechnung und den Verwaltungsbericht zusammenführt. Schliesslich wird für die gesamte kantonale Verwaltung ein Controlling aufgebaut.

Die Regierung hat das Finanzdepartement beauftragt, eine entsprechende Vorlage an den Kantonsrat auszuarbeiten.

Die bis 31. Dezember 2002 befristete WoV-Verordnung für die 10 bisherigen WoV-Dienststellen der kantonalen Verwaltung wird bis zur Ablösung durch die definitive Lösung im bisherigen Rahmen verlängert.

Leistungsvereinbarungen im Kulturbereich

Der Regierungsrat und der Stadtrat Schaffhausen haben in zustimmendem Sinn von den mit den wichtigsten Institutionen und Leistungserbringern der freien Kulturszene ausgehandelten Leistungsvereinbarungen Kenntnis genommen. Diese Leistungsvereinbarungen bilden einen Teil der kulturellen Förderstruktur.

Leistungsvereinbarungen werden in einer ersten Tranche abgeschlossen mit dem Jugendclub Mo Moll Theater, mit Schauwerk das andere Theater, dem Theater Sgaramusch, dem Theater im Fass (TiF) Ensemble, dem Verein Bildender Künstlerinnen und Künstler (Vebikus) sowie der Kultur im Kammgarn (KiK). Die Auswahl der Leistungserbringer der freien Kulturszene erfolgte aufgrund ihrer kulturellen Bedeutung für die Region Schaffhausen und der Höhe der bisher bereits erbrachten Unterstützungssumme. Die Leistungsvereinbarungen definieren die von den Parteien zu erbringenden Leistungen. Sie bieten zeitgemässe Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und kulturellen Leistungserbringern. Gleichzeitig zeigen diese Leistungsvereinbarungen die gute Zusammenarbeit zwischen Kanton und Stadt Schaffhausen.

Mit dem Schaffhauser Jazzfestival und dem Schaffhauser Sommertheater laufen noch Verhandlungen. Mit den Hallen für neue Kunst und dem Musikcollegium Schaffhausen (MCS) sind Verhandlungen für 2003 vorgesehen.

Info-Stelle mit Verkaufsshop am Rheinfall

Der Regierungsrat beabsichtigt, am Rheinfall eine Informationsstelle für Touristen mit einem Verkaufsraum zu errichten. Im Shop sollen einerseits die Informationsbedürfnisse der Gäste abgedeckt und andererseits regionale Spezialitäten angeboten werden. Mögliche Standorte werden nun unter Berücksichtigung der planerischen Vorgaben in einer Machbarkeitsstudie geprüft. Gestützt darauf wird der Regierungsrat im Frühjahr 2003 den definitiven Entscheid treffen und ein Projekt mit Kostenvoranschlag in Auftrag geben. An den Baukosten wird sich neben dem Kanton auch die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall beteiligen.

Organisatorische Anpassungen im Baudepartement

Mit dem vom Grossen Rat beschlossenen Inkrafttreten der neuen Kantonsverfassung auf den 1. Januar 2003 dürfen Vorinstanzen in Rechtsmittelverfahren vor Verwaltungsbehörden nicht mehr mit der Verfahrensleitung betraut werden. Es dürfen z.B. bei Entscheiden eines Departementes entsprechende Rechtsmittelverfahren künftig nicht mehr durch dieses Departement geleitet werden.

Die neue Verfassung gibt dem Regierungsrat gleichzeitig die Möglichkeit, Entscheidungsbefugnisse der Departemente durch Verordnung an nachgeordnete Dienststellen zu übertragen. Von dieser Möglichkeit hat die Regierung Gebrauch gemacht. Sie hat verschiedene Entscheidungsbefugnisse des Baudepartementes durch Revision der entsprechenden Verordnungen an nachgeordnete Dienststellen des Baudepartementes übertragen. Es handelt sich insbesondere um Bereiche des Bauwesens, des Strassenwesens, der Wasserwirtschaft, des Natur- und Heimatschutzes sowie des Umweltschutzrechtes.

Aufsichtskommission der Kantonsschule

Der Regierungsrat hat unter bester Verdankung der geleisteten Dienste vom Rücktritt von Martina Munz aus der Aufsichtskommission der Kantonsschule auf den 31. Dezember 2002 Kenntnis genommen.

Personelles

Der Regierungsrat hat vom Rücktritt von Josef Türk, Oberleutnant bei der Schaffhauser Polizei, Chef der Kriminalpolizei, auf den 31. Dezember 2003 unter bester Verdankung der geleisteten Dienste Kenntnis genommen.

Schaffhausen, 17. Dezember 2002, *Staatskanzlei Schaffhausen*